

Kafé Kyiv, Berlin – Redemanuskript (max. 20 Minuten)

Eröffnung – Warum das hier und heute wichtig ist

Vielen Dank für die Einladung zum Kafé Kyiv.

Heute jährt sich zum vierten Mal Russlands großangelegte Invasion der Ukraine. Vier Jahre mögen für uns vergehen als Termine, Erklärungen und politische Zyklen – aber für ein Kind sind vier Jahre ein ganzes Leben. Versuchen Sie nur einen Moment lang, die Welt durch die Augen eines Kindes in der Ukraine zu sehen.

Eine Nation besteht aus ihren Menschen – aus ihren Familien, ihren Kindern, ihrer Zukunft. Wenn wir diese Kinder im Stich lassen, lassen wir die Ukraine im Stich; wenn wir die Kinder der Ukraine im Stich lassen, lassen wir Europa im Stich – und letztlich uns selbst.

Mein Name ist Carina Ödebrink. Ich bin Mitglied des Schwedischen Parlaments. Seit 2018 gehöre ich der schwedischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE an. Derzeit bin ich Berichterstatterin für Demokratie und Menschenrechte sowie Sonderbeauftragte für die Situation der deportierten ukrainischen Kinder.

Worüber ich heute spreche, ist kein Randthema dieses Krieges. Es berührt den Kern dessen, worum es in diesem Krieg geht.

Denn wenn wir akzeptieren, dass Kinder entführt, assimiliert und vergessen werden können, dann haben wir schon etwas viel Wichtigeres verloren als Territorium.

Was die OSZE ist – und warum sie weiterhin wichtig ist

Lassen Sie mich mit ein paar Worten zur OSZE beginnen. Viele Menschen kennen die EU, die NATO oder die UN – aber weit weniger kennen die OSZE.

Die OSZE – die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – ist die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation. Sie vereint 57 Teilnehmerstaaten aus Europa, Nordamerika und Zentralasien.

Sie wurde während des Kalten Krieges geschaffen. Ihr Vorläufer, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, entstand aus einer einfachen, aber ehrgeizigen Idee: Sicherheit kann nicht allein durch militärische Mittel erreicht werden.

Nach der Verwüstung des Zweiten Weltkriegs und mitten in einem ideologischen Konflikt sahen Staaten, die einander zutiefst misstrauten, dennoch den Wert des Dialogs.

Die Schlussakte von Helsinki von 1975 legte zentrale Prinzipien fest: Achtung der Souveränität und territorialen Integrität. Gewaltverbot. Menschenrechte. Und das Recht der Völker, ihre eigene Zukunft zu bestimmen.

Die OSZE trifft Entscheidungen im Konsens. Das ist sowohl ihre Stärke als auch ihre Schwäche.

Sie ist eine Organisation nicht gleichgesinnter Staaten – Länder mit sehr unterschiedlichen politischen Systemen, Werten und Interessen.

Doch gerade deshalb wurde die OSZE als Plattform des Dialogs geschaffen. Ein Ort, an dem Konfrontation durch Austausch ersetzt werden kann.

Heute steht dieses Modell unter enormem Druck. Konsens ist schwer, wenn einige Teilnehmerstaaten offen die Prinzipien verletzen, zu denen sie sich einst bekannten.

Aber das macht die OSZE nicht überflüssig. Es macht sie notwendig.

Die Strukturen der OSZE – exekutiv und parlamentarisch

Die OSZE hat eine exekutive und eine parlamentarische Seite.

Zur Exekutive gehören der Ständige Rat in Wien, der wöchentlich auf Botschafterebene tagt, Feldmissionen und Institutionen wie ODIHR – das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte – mit Sitz in Warschau.

ODIHR ist bekannt für Wahlbeobachtung, Rechtsstaatlichkeitsarbeit und Menschenrechtsmonitoring im gesamten OSZE-Raum.

Daneben gibt es die Parlamentarische Versammlung der OSZE. Sie bringt mehr als 300 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen Teilnehmerstaaten zusammen.

Die Parlamentarische Versammlung trifft keine exekutiven Entscheidungen. Aber sie erfüllt eine zentrale politische Funktion:

Wir sorgen für demokratische Kontrolle. Wir halten Menschenrechte auf der Tagesordnung. Wir sprechen, wenn Regierungen zögern.

Und wir nutzen parlamentarische Diplomatie, um den Dialog aufrechtzuerhalten – selbst in Zeiten des Krieges. Zugleich ist der Status Russlands in der Parlamentarischen Versammlung wichtig: Russland hat seine Teilnahme selbst ausgesetzt und die Zahlung seiner Beiträge eingestellt. Nach unseren Geschäftsregeln hat dies zum Verlust der Stimmrechte geführt.

Unsere Versammlung hat zudem wiederholt und eindeutig zur Situation der ukrainischen Kinder Stellung bezogen. Alle jüngsten Erklärungen – Porto, Bukarest, Vancouver und Birmingham – greifen dieses Thema auf. Die Bukarester Erklärung fordert ausdrücklich Unterstützung für die Internationale Koalition zur Rückkehr ukrainischer Kinder und ruft die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, ihr beizutreten. Für Juni dieses Jahres ist ein Gipfel der Koalition geplant, voraussichtlich in Brüssel.

Kinder als gezielte Kriegsstrategie

Russlands großangelegte Invasion begann im Februar 2022.

Aber der Krieg gegen die Ukraine und ihre Kinder begann früher – bereits nach der illegalen Annexion der Krim 2014.

Seitdem sind Entführungen systematisch geworden. Nicht zufällig. Nicht chaotisch. Sondern organisiert.

Kinder werden von ihren Eltern getrennt. Mit Gewalt. Oder durch Täuschung – sogenannte Evakuierungen, medizinische Versorgung oder Ferienlager.

Sie werden nach Russland oder in besetzte Gebiete gebracht. Ihre Namen werden geändert. Ihre Sprache verboten. Ihre Identität ausgelöscht.

Das ist keine humanitäre Versorgung. Es ist Zwangsassimilation.

Kinder zu stehlen ist ein Werkzeug imperialer Politik. Es dient dazu, Kontinuität zu zerstören. Die Zukunft einer Nation auszulöschen.

Darum ist dieses Thema so politisch aufgeladen. Und warum es nicht als Randthema behandelt werden kann.

Was wir wissen – und warum Beweise entscheidend sind

Die ukrainischen Behörden haben fast 20.000 deportierte oder zwangsweise überführte Kinder identifiziert.

Forschungen der Yale University legen nahe, dass die tatsächliche Zahl deutlich höher liegt – möglicherweise bis zu 35.000.

Kinder wurden in mehr als 200 Einrichtungen identifiziert. Über das gesamte russische Territorium verteilt. Vom Schwarzen Meer bis zum Pazifik.

Kleine Kinder werden in Einrichtungen untergebracht, die manchmal „Teddy-Bär-Lager“ genannt werden. Ältere Kinder kommen in militarisierte Camps.

Sie müssen Russisch sprechen. Die russische Hymne singen. Sie lernen, dass die Ukraine nicht mehr existiert.

Diese Maßnahmen verstoßen gegen: Das humanitäre Völkerrecht. Die Genfer Konventionen. Die UN-Kinderrechtskonvention.

Und hier wird Dokumentation zur Macht.

Ohne Dokumentation gibt es keine Rückkehr. Ohne Dokumentation keine Rechenschaftspflicht.

Das Yale Humanitarian Research Lab – Dokumentation des Verbrechens

Vieles, was wir heute wissen, verdanken wir der Arbeit des Humanitarian Research Lab der Yale University.

Durch Satellitenbilder, Open-Source-Analysen und sorgfältige Verifizierung haben sie Einrichtungen, Transportwege und staatliche Strukturen kartiert.

Ohne diese Arbeit blieben Tausende Kinder unsichtbar.

Doch diese Dokumentationsarbeit ist fragil. Die Finanzierung ist unsicher.

Ihr Verschwinden wäre ein politisches Versagen. Denn ohne Fakten gewinnen Täter die Deutungshoheit zurück.

Mein Bericht – von Porto zu politischer Handlung

Auf der Jahrestagung der OSZE-PV in Porto habe ich meinen Bericht zu den Entführungen und Deportationen ukrainischer Kinder vorgestellt.

Der Bericht stützt sich auf: Die Vereinten Nationen. Den Europarat. Die Europäische Union. Den OSZE-Moskau-Mechanismus. Und die Arbeit der Yale-Forscher.

Aber der Bericht ist kein Selbstzweck. Er ist ein Werkzeug.

Im Mittelpunkt stehen klare Empfehlungen.

Ich möchte einige hervorheben.

Erstens: Russland muss gedrängt werden, vollständige Informationen zu allen deportierten Kindern bereitzustellen – zu ihren Identitäten und Aufenthaltsorten.

Zweitens: Der internationale Druck muss erhöht werden – einschließlich Sanktionen und der Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte – um Identifizierung, Rückführung und Rehabilitation zu unterstützen, aber auch um Sanktionen und strafrechtliche Verantwortung für alle Beteiligten auf allen Ebenen sicherzustellen.

Drittens: Jeder Waffenstillstand oder Friedensprozess muss die bedingungslose Rückkehr aller deportierten Kinder einschließen. Das ist nicht verhandelbar.

Der Moskauer Mechanismus – OSZE-Rechenschaft in der Praxis

Der Moskauer Mechanismus ist eines der wichtigsten Instrumente der OSZE zur Untersuchung schwerwiegender Verstöße gegen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Er ermöglicht es Teilnehmerstaaten, unabhängige Expertengutachten einzuleiten, wenn ernsthafte Sorgen über die Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen bestehen.

Seit der großangelegten Invasion hat die OSZE den Mechanismus mehrfach ausgelöst – auch speziell zur Deportation ukrainischer Kinder.

Die Expertengremien kamen zu bedeutenden Schlussfolgerungen:

Erstens: Russlands Handlungen stellen schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und menschenrechtliche Verpflichtungen dar.

Zweitens: Russland muss internationalen Organisationen vollständigen Zugang zu deportierten Kindern und relevanten Einrichtungen gewähren.

Drittens: Die Teilnehmerstaaten müssen Rechenschaft sicherstellen – auch durch internationale Strafjustizmechanismen.

Diese Erkenntnisse sind wichtig. Sie bilden einen offiziellen, multilateralen Befund.

Internationale Koalition zur Rückkehr ukrainischer Kinder

Am 2. Februar 2024 gründeten Ukraine und Kanada die Internationale Koalition zur Rückkehr ukrainischer Kinder.

Heute sind 44 Staaten und Organisationen beteiligt.

Die Koalition dient der Koordinierung politischen Drucks, dem Austausch von Expertise und der Unterstützung praktischer Maßnahmen.

Kanada spielt eine zentrale Rolle, insbesondere bei praktischer Beratung und Koordinierung.

Die OSZE-Parlamentarische Versammlung ist die erste parlamentarische Versammlung, die der Koalition beigetreten ist. Das ist ein starkes politisches Signal.

Bring Kids Back UA – Ukrainische Führung

Gleichzeitig hat die Ukraine selbst die Führung übernommen.

Durch die Initiative „Bring Kids Back UA“.

Sie ist ein nationales, strategisches Programm, das zusammenführt: Identifizierung. Internationale Zusammenarbeit. Juristische Maßnahmen. Und Rehabilitation.

Mehr als 1.600 Kinder konnten bereits zurückgebracht werden. Jede Rückkehr ist ein Erfolg. Und eine Erinnerung daran, wie viel noch zu tun bleibt.

Kinder, die in die Ukraine zurückkehren, benötigen langfristige Unterstützung. Reintegration braucht Zeit. Psychosoziale Betreuung ist unerlässlich – nicht nur für Monate, sondern für Jahre.

Viele Länder unterstützen die ukrainischen Behörden bereits. Durch Expertise. Durch Ressourcen. Durch die Stärkung von Kinderschutzsystemen.

Diese Kinder zählen – hier und jetzt. Aber sie sind auch die Zukunft der Ukraine. Deshalb müssen wir verstehen, dass unser Engagement weit über den Tag hinausreicht, an dem der Krieg endet.

Politische Klarheit – was von uns verlangt wird

Lassen Sie mich sehr deutlich sein.

Dies ist nicht nur die Verantwortung der Ukraine. Es ist unsere Verantwortung.

Was ist erforderlich?

- Nachhaltiger politischer Druck auf Russland.
- Langfristige Finanzierung für Dokumentation und Nachverfolgung.
- Unterstützung der ukrainischen Rehabilitations- und Reintegrationsarbeit.

Und eine klare rote Linie:

Kein Frieden ohne die Kinder.

Ein Abkommen, das Kinder zurücklässt, ist kein Frieden. Es ist die Normalisierung eines Kriegsverbrechens.

Schluss – ein Test unserer Werte

Diese Kinder sind keine Zahlen.

Sie sind die Zukunft der Ukraine.

Und sie sind ein Prüfstein der internationalen Ordnung.

Wenn wir die Rechte von Kindern im Krieg nicht verteidigen können – was bedeutet internationales Recht dann überhaupt?

Unsere Aufgabe ist einfach zu formulieren, aber schwer zu erfüllen:

Jedes Kind muss nach Hause zurückkehren. Seine Rechte müssen wiederhergestellt werden. Und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Das ist Recht. Das ist Politik. Und das ist Moral.

Vielen Dank.

Kafé Kyiv, Berlin – Speaking Script 20 minutes maximum

Opening – Why this matters here, today

Thank you for the invitation to Kafé Kyiv.

Today marks four years since Russia launched its full-scale invasion of Ukraine. Four years may pass for us as meetings, statements, and political cycles — but for a child, four years is a lifetime. Just try to imagine for a moment to see the world through the eyes of a child in Ukraine

A nation is made of its people — its families, its children, its future. If we fail these children, we fail Ukraine; if we fail Ukraine's children, we fail Europe — and ultimately, we fail ourselves.

My name is Carina Ödebrink. I am a Member of the Swedish Parliament. Since 2018, I have been part of the Swedish delegation to the OSCE Parliamentary Assembly. I currently serve as Rapporteur on Democracy and Human Rights, and as Special Envoy on the situation of deported Ukrainian children.

What I will speak about today is not a side issue of this war. It goes to the core of what this war is about.

Because if we accept that children can be abducted, assimilated, and forgotten, then we have already surrendered something far more important than territory.

What the OSCE is – and why it still matters

Let me begin with a few words about the OSCE. Because many people know the EU, NATO or the UN — but far fewer know the OSCE.

The OSCE – the Organization for Security and Co-operation in Europe – is the world's largest regional security organization. It brings together 57 participating States from Europe, North America and Central Asia.

It was created during the Cold War. Its predecessor, the Conference on Security and Co-operation in Europe, was born out of a simple but ambitious idea: That security cannot be achieved by military means alone.

After the devastation of the Second World War, and in the middle of an ideological divide, countries that deeply distrusted one another nevertheless saw the value of dialogue.

The Helsinki Final Act of 1975 set out core principles: Respect for sovereignty and territorial integrity. Non-use of force. Human rights. And the right of peoples to determine their own future.

The OSCE is a consensus-based organization. That is both its strength and its weakness.

It is an organization of non like-minded states. Countries with very different political systems, values and interests.

But precisely for that reason, the OSCE was created as a platform for dialogue. A place where confrontation could be replaced by engagement.

Today, that model is under severe strain. Consensus is difficult when some participating States openly violate the very principles they once signed up to.

But that does not make the OSCE irrelevant. It makes it necessary.

The OSCE's structures – executive and parliamentary

The OSCE has an executive side and a parliamentary side.

The executive structures include the Permanent Council in Vienna, where ambassadors meet weekly, field missions, and institutions such as ODIHR – the Office for Democratic Institutions and Human Rights – based in Warsaw.

ODIHR is known for election observation, rule of law work and human rights monitoring across the OSCE region.

Alongside this, there is the OSCE Parliamentary Assembly. It brings together more than 300 parliamentarians from all participating States.

The Parliamentary Assembly does not take executive decisions. But it plays a crucial political role:

We provide democratic oversight. We keep human rights on the agenda. We speak when governments hesitate.

And we use parliamentary diplomacy to maintain dialogue – even in times of war. At the same time, it is important to note Russia's status in the Parliamentary Assembly. Russia has self-suspended its participation and has stopped paying its annual dues. Under our Rules of Procedure, this has resulted in the loss of its voting rights.

Our Assembly has also spoken clearly and repeatedly on the issue of Ukrainian children. All our recent Declarations, Porto, Bucharest, Vancouver and Birmingham, address this topic. The Bucharest Declaration explicitly calls for support of the International Coalition for the Return of Ukrainian Children and urges OSCE participating States to join it. A Summit of the Coalition is planned for June this year with Brussels as the most likely venue.

Children as a deliberate strategy of war

Russia's full-scale invasion of Ukraine began in February 2022.

But the war against Ukraine and its children began earlier. Already after the illegal annexation of Crimea in 2014.

Since then, abductions have become systematic. Not accidental. Not chaotic. But organized.

Children are separated from their parents. Sometimes through force. Sometimes through deception – so-called evacuations, medical care or holiday camps.

They are transferred to Russia or to occupied territories. Their names are changed. Their language is forbidden. Their identity is erased.

This is not humanitarian care. It is forced assimilation.

Stealing children is a tool of imperial politics. It is a way to break continuity. To erase a nation's future.

That is why this issue is so politically charged. And why it cannot be treated as marginal.

What we know – and why evidence matters

Ukrainian authorities have officially identified nearly 20,000 deported or forcibly transferred children.

Research from Yale University suggests the real number may be significantly higher – up to around 35,000.

Children have been identified in more than 200 facilities. Spread across the Russian Federation. From the Black Sea to the Pacific Ocean.

Young children are placed in institutions, sometimes called Teddy Bear Camps. Older children are sent to militarized camps.

They are forced to speak Russian. Forced to sing the Russian anthem. Taught that Ukraine no longer exists.

These actions violate: International humanitarian law. The Geneva Conventions. The UN Convention on the Rights of the Child.

And this is where evidence becomes power.

Without documentation, there is no return. Without documentation, there is no accountability.

Yale Humanitarian Research Lab – is one organization documenting the crime

Much of what we know today comes from the work of Yale University's Humanitarian Research Lab.

Using satellite imagery, open-source intelligence and rigorous verification, they have mapped facilities, transfer routes and state involvement.

Without this work, thousands of children would remain invisible.

But this documentation effort is fragile. Funding is uncertain.

Allowing it to disappear would be a political failure. Because without facts, perpetrators regain control of the narrative.

My report – from Porto to political action

At the OSCE Parliamentary Assembly's Annual Session in Porto, I presented my report on the Russian abductions and deportations of Ukrainian children.

The report draws on: The United Nations. The Council of Europe. The European Union. The OSCE's Moscow Mechanism. And the work of Yale.

But the report is not an end in itself. It is a tool.

At its core are clear recommendations.

Let me highlight a few.

First: Russia must be pressed to provide full information about all deported children – their identities and locations.

Second: International pressure must increase – including sanctions and the use of frozen Russian assets – to support tracing, return and rehabilitation but also sanctions and accountability for all persons involved, on all levels.

Third: Any ceasefire or peace process must include the unconditional return of all deported children. This is non-negotiable.

The Moscow Mechanism – OSCE accountability in practice

The Moscow Mechanism is one of the most important tools within Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) for addressing serious violations of human rights, democracy and the rule of law.

It allows participating States to trigger an independent expert investigation when credible concerns arise regarding compliance with OSCE human dimension commitments.

Unlike political statements or negotiated texts, the Moscow Mechanism provides fact-based, expert-driven reporting that can be used for accountability, advocacy and follow-up action.

The OSCE has not been silent.

Since Russia's full-scale invasion, the OSCE has activated the Moscow Mechanism several times. Including specifically on the deportation of Ukrainian children.

These expert missions reached important conclusions.

Let me mention three key recommendations:

First: That Russia's actions constitute serious violations of international humanitarian law and human rights commitments.

Second: That Russia must grant international organizations full access to deported children and relevant facilities.

Third: That participating States must ensure accountability – including through international criminal justice mechanisms.

These findings matter. They form an official, multilateral record.

International Coalition for the Return of Ukrainian Children

On 2 February 2024, Ukraine and Canada launched the International Coalition for the Return of Ukrainian Children.

Today, 44 countries and organizations are involved.

The Coalition exists to coordinate political pressure, share expertise and support practical action.

Canada plays a central role, providing hands-on expertise and coordination.

The OSCE Parliamentary Assembly is the first parliamentary assembly to join the Coalition. That is a strong political signal.

Bring Kids Back UA – Ukrainian leadership

Bring Kids Back UA – Ukrainian leadership

At the same time, Ukraine has taken clear ownership.

Through the Bring Kids Back UA initiative.

It is a national, strategic programme that brings together: Identification. International engagement. Legal action. And rehabilitation.

More than 1,600 children have already been returned. Each return is a success. And a reminder of how much remains to be done.

Children who return to Ukraine need long-term support. Reintegration takes time. Psychosocial care is essential – not just for months, but for years.

Many countries are already supporting Ukrainian authorities in this work. Sharing expertise. Providing resources. Strengthening child protection systems.

These children's lives and well-being matter here and now. But they are also Ukraine's future. That is why we must understand that our commitment to Ukraine extends far beyond the day the war ends.

Political clarity – what is required of us

Let me be very clear.

This is not only Ukraine's responsibility. It is ours.

What is required?

Sustained political pressure on Russia. Long-term funding for documentation and tracing. Support for Ukraine's rehabilitation and reintegration work.

And one clear red line:

No peace without the children.

Any agreement that leaves children behind is not peace. It is the normalization of a war crime.

Conclusion – a test of our values

These children are not numbers.

They are Ukraine's future.

And they are a test of the international order.

If we cannot defend children's rights in war, what does international law truly mean?

Our task is simple to state. Difficult to achieve.

Every child must come home. Their rights must be restored. And those responsible must be held accountable.

This is law. This is politics. And this is morality.

Thank you.